

# **Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 26 / 2019**

›IM ZEICHEN DER FREIHEIT‹

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018
- MUSICA PRO PACE 2018
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

***Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2018-2019***

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Rea Krakowitzky M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück  
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Dr. Michael Pittwald

*Bucheinband:* Bruno Rothe / Tefvik Goektepe unter Verwendung eines Fotos von Adobe Stock, MXW Photography.

*Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2018-2019 danken wir*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche  
Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück  
Tel.: + 49 (0) 541 969 4010, E-Mail: [ofg@uni-osnabrueck.de](mailto:ofg@uni-osnabrueck.de)  
Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2019

© 2019 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen,  
mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.  
Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6,  
D-37079 Göttingen.

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISSN 0948-194X  
ISBN 978-3-8471-1041-5

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber. . . . .	7
Editorial . . . . .	9
<b>I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2018</b>	
<i>Digitale Medien: Wer beherrscht die »fünfte Gewalt«?</i> Mit Bernhard Pörksen, Anke Domscheit-Berg, Julia Krüger . . . . .	15
<i>Liao Yiwu und die Freiheit der Literatur</i> Mit Beiträgen von Karin Betz, Christoph König, Liao Yiwu und Herbert Wiesner. . . . .	43
<i>Frieden machen! Wie Kriege beendet werden und wie Frieden gelingen kann</i> Mit Wolfgang Petritsch, Markus Potzel, Dana Landau. . . . .	71
<i>America first! – Trumps Präsidentschaft: Was bringt sie seinem Land und der Welt?</i> Mit Susan Neiman, Welf Werner, Josef Braml . . . . .	101
<b>II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2018</b>	
Stefan Hanheide, Osnabrück »1918« – Werke von Maurice Ravel und Johannes Brahms . . . . .	127
<b>III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG</b>	
Asfa-Wossen Asserate, Frankfurt am Main <i>Afrika wohin? – Politik, Wirtschaft und Migration</i> . . . . .	135

György Széll, Osnabrück  
*Sind die Freiheitsrechte universal?* . . . . . 149

Roland Czada, Osnabrück  
*Die Freiheit anders Denkender. Voraussetzungen und Möglichkeiten  
einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaftsordnung* . . . . . 175

Andrea Lenschow, Jörg Baudner und Jan Pollex, Osnabrück  
*Das umkämpfte Gut der Freiheit in der Europäischen Union* . . . . . 191

**IV. ANHANG**

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 207  
Abbildungsnachweis . . . . . 213

### ■ III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

›IM ZEICHEN DER FREIHEIT‹



*Asfa-Wossen Asserate, Frankfurt am Main*

## **Afrika wohin? – Politik, Wirtschaft und Migration**

Osnabrücker Universitätsrede, gehalten  
am 31. Januar 2019 in der Aula der Universität

Viele Menschen in Europa sind der Meinung, Afrika sei ein homogener Kontinent und im Grunde überall gleich. Doch das stimmt nicht, es gibt nicht nur ein Afrika. Afrika ist Vielfalt, und deshalb möchte ich einerseits über erstaunliche Fortschritte und Errungenschaften berichten – in der Wirtschaft ebenso wie in der Politik – und auf der anderen Seite über gravierende Versäumnisse und Fehlleistungen sprechen – und schließlich über Herausforderungen, die Afrika gegenwärtig zu meistern hat.

Afrika ist ein Kontinent mit einer Landmasse, in der Europa etwa zehn Mal Platz fände. In Afrika leben derzeit mit rund 1,2 Milliarden Menschen mehr als doppelt so viele wie in der gesamten EU, und die Tendenz ist weiter steigend. Afrika: das sind hunderte großer Völker und tausende kleinerer Ethnien. Afrika: das sind über zweitausend verschiedene Sprachen, unterschiedliche Kulturen und verschiedene Religionen. Afrika: das sind auch explodierende Millionenstädte mit all ihren Auswüchsen. Und Afrika: das sind auch seit Jahrhunderten kaum veränderte traditionelle ländliche Lebensweisen. Es gab in der Geschichte große afrikanische Reiche. Man denke etwa an die Königreiche von Ghana, oder das Volk der Songhay, die von Timbuktu aus über weite Teile Westafrikas herrschten, und, nicht zu vergessen, das äthiopische Kaiserreich.

Geschichte und Kultur Afrikas sind vielschichtig und zeigen mannigfache Facetten. In Afrika existieren heute 55 anerkannte Staaten. Deren Grenzen entsprechen weitgehend den Demarkationslinien, die von den Kolonialmächten in den Kontinent geschnitten wurden. Oft sind sie geradezu widersinnig und trennen Völker oder zwingen unterschiedliche Ethnien unter eine Regierung.

Im Grunde ist Afrika ein reicher Kontinent: Reich an Rohstoffen, Bodenschätzen, Energiereserven und jungen Arbeitskräften. Das Potenzial und die Ressourcen dieses Kontinents sind gewaltig. Hinzu kommt das kulturelle Erbe der vielen unterschiedlichen Völker. Das ist vielleicht der größte Schatz.

Die Verschiedenheit und Uneinheitlichkeit der Völker und Menschen Afrikas haben aber auch tiefe Gräben zwischen ihre Kulturen gezogen – eine der Hauptursachen für das Elend des Kontinents. Widerstreitende Ansichten werden in Afrika oft nur schwer ertragen. In den afrikanischen Sprachen gibt es kaum ein Wort,

das dem europäischen Begriff für einen ›Gegner‹ entsprechen würde, dessen unterschiedliche Meinungen man gleichwohl respektiert. In Afrika ist der Andersdenkende schnell der Feind, den es auszuschalten gibt.

Bis vor kurzem kamen hauptsächlich Katastrophenmeldungen aus Afrika. Was die Medien über Afrika berichteten, beschränkte sich meist auf die berüchtigten ›K‹-s: Kriege, Krisen, Katastrophen, Korruption, Kriminalität, Kapitalflucht und Krankheit. So mancher in Europa hatte Afrika aufgegeben, und für eine lange Zeit galten die Volkswirtschaften Afrikas nicht gerade als Motoren eines zu wünschenden Aufschwungs. Neuerdings jedoch entwickeln sie sich erstaunlich positiv, und weiteres Potenzial ist trotz vieler Probleme durchaus vorhanden. Die Volkswirtschaften des afrikanischen Kontinents entwickeln sich nach der globalen Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2009 deutlich besser, als die der Länder Europas. Für 2018 rechnet man für den gesamten Kontinent mit einem Wirtschaftswachstum von 6%. Zwischen Dakar und Daressalam, zwischen Kairo und Kapstadt geht es endlich aufwärts, weil die freie Marktwirtschaft in vielen Regionen auf dem Vormarsch ist.

*Lions on the move* betitelt der amerikanische Beratungskonzern McKinsey seine letzte Afrika-Analyse:<sup>1</sup> Die Löwen brechen auf – das ist eine Anspielung auf die asiatischen Tigerstaaten! 27 der 30 größten Volkswirtschaften Afrikas haben seit der Jahrtausendwende kräftig aufgeholt. Bereits zwischen 2000 und 2008 lagen die Wachstumsraten bei 5-10% pro Jahr und waren damit doppelt so hoch wie in den davor liegenden Jahrzehnten. Das Bruttoinlandsprodukt des Kontinents ist mit 1,6 Billionen US-Dollar höher als das von Russland oder Brasilien, stellte McKinsey fest. Die Experten nennen zwei Ursachen für den »schnellen ökonomischen Pulsschlag«: Bessere Regierungsführung und wirtschaftliche Reformen.

Dazu zählen sie den Abbau der Schulden und Haushaltsdefizite, die Eindämmung der Inflation, die Privatisierung von Staatsunternehmen, die Liberalisierung des Handels und die Senkung der Unternehmenssteuern: »Afrikanische Regierungen verfolgen zunehmend eine Politik, die die Märkte stärkt.« In keiner anderen Entwicklungsregion kann man derzeit größere Gewinne erzielen, urteilt McKinsey. »Global operierende Unternehmer und Investoren können es sich nicht leisten, dies zu ignorieren«.

Skeptiker mögen fragen: Ist das nicht nur ein Strohfeuer, das durch hohe Rohstoffpreise genährt wird? Sie sprechen vom ›Fluch der Ressourcen‹ und verweisen exemplarisch auf ein ölreiches Land wie Angola, das in Petrodollars schwimmt und im vergangenen Jahrzehnt weltweite Wachstumsrekorde von jährlich bis zu 25% aufstellte, während sich die Lage der armen Bevölkerungsmehrheit im Land kaum verbesserte. Kein Zweifel, der Boom im Energiesektor und die steigende Nachfrage nach Platin, Gold, Kupfer, Uran und Coltan haben dem Aufschwung in Afrika geholfen. Im Zuge der globalen Krise von 2008/2009 waren allerdings die Rohstoffpreise abgestürzt und die Folgen auch in Johannesburg, Lagos und

Luanda deutlich spürbar. Doch sie wurden zum Erstaunen der Außenwelt zügiger überwunden als andernorts: Die Ökonomen führen das auf die vor der Krise vorgenommenen Strukturreformen zurück. So fiel z.B. das Wachstum in Nigeria laut Weltbank nur von 6,4% im Jahr 2007 auf 5,6% im Desasterjahr 2009.

Es gibt einen weiteren Grund für Afrikas Erfolg: Neue Partner. An erster Stelle steht *China*, das sein Handelsvolumen mit dem Kontinent innerhalb von zwei Jahrzehnten von einer Milliarde Dollar (1992) auf 210 Milliarden Dollar im Jahr 2013 um mehr als das 200-fache gesteigert hat. Mittlerweile sind über 2.000 Firmen aus dem Reich der Mitte in Afrika aktiv, und die Zahl der chinesisch-afrikanischen Projekte ist auf 8.000 angewachsen. Aber auch Brasilien, Indien, Russland, arabische Staaten und kleinere Schwellenländer wie die Türkei oder Malaysia haben Afrika entdeckt. Und aus dem Süden erobern beinahe unbemerkt die Südafrikaner mit ihren Bergbaumultis, Banken und Brauereien, Supermarktketten, Telefonkonzernen und Fernsehkanälen den Kontinent. Die Wirtschaftseliten Afrikas suchen ihrerseits die Kooperation mit den BRIC Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China). Auch Deutschland konnte vom afrikanischen Aufschwung profitieren. Im Jahr 2010 wuchs der deutsch-afrikanische Handel um 25,4%. Die bisher dominierenden EU-Handelspartner England und Frankreich fallen dagegen allmählich zurück.

Allgemein gilt: »Europa hat die Krone als wichtigster Investor verloren«, so kommentierte das südafrikanische Fachblatt *Africa Investor*. Die Zeitschrift listet die hundert wichtigsten Infrastrukturprojekte auf, an denen viele der neuen Partner über Joint Ventures beteiligt sind: Tiefseehäfen in Kamerun und Guinea-Bissau, die Benguela-Eisenbahn in Angola, die Ölpipeline vom Tschad an den Atlantik, Staudämme im Sudan und in Äthiopien, Raffinerien in Nigeria, Windkraftwerke in Kenia, der größte Solarpark der Welt in Südafrikas Halbwüste.

Gleichzeitig findet eine regelrechte Revolution in der Informations- und Kommunikationstechnologie statt. Seit Juli 2010 verbindet *Seacom*, ein unterseeisches Glasfaserkabelsystem, den Süden und Osten Afrikas mit Europa und Asien; das Konsortium ist zu 75% in der Hand afrikanischer Anleger. Ihr Erdteil wird mit der Welt vernetzt, die schnellen Breitbandverbindungen sparen Kosten und erhöhen die Konkurrenzfähigkeit. Nirgendwo breitet sich das *Internet* so schnell aus wie in Afrika, nirgendwo nimmt die Zahl der Nutzer von Mobiltelefonen so rasch zu – heute besitzen fast 500 Millionen Afrikaner, knapp die Hälfte der Bevölkerung, ein Handy, und die Zahlen steigen rasant weiter.

Man kann den Aufschwung auch an anderen Indikatoren festmachen: An der zunehmenden Verkehrsdichte und den infernalischen Staus in den Metropolen, an den modernen Shopping Malls, Bankpalästen, Finanzdienstleistern oder an den Investmentfonds, die mit Bau- und Agrarland zocken und höchste Renditen verheißen. Das rasche Wachstum löst dabei bedenkliche Entwicklungen aus, mancherorts greift der Raubtierkapitalismus um sich.

Während Afrika sich bemüht, in die globalisierte Welt einzutreten, wird es seit ungefähr einem Jahrzehnt von einer neuen Krise heimgesucht: Die neue afrikanische Völkerwanderung. Denn diese Welt ist aus den Fugen. 65,3 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Blutige Konflikte und die Angst vor Verfolgung haben sie aus ihrer Heimat vertrieben. Damit ist, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in seinem im Sommer 2016 vorgestellten Bericht ausführt, jeder 113. Bewohner der Erde betroffen. Und jeden Tag verlassen 34.000 Menschen, die um Leib und Leben fürchten, aufs Neue ihre Heimat – 24 in jeder Minute. Der Vergleich mit den Jahren zuvor zeigt, wie dramatisch die Lage geworden ist. Im Jahr 2010 waren es noch 10.900 Flüchtlinge pro Tag, 2012 bereits 21.400. Und nichts deutet darauf hin, dass die Zahlen zurückgehen werden, im Gegenteil. Allein 12,4 Millionen Menschen sind im Jahr 2015 neu hinzugekommen. Und es trifft vor allem Kinder und Jugendliche: Über die Hälfte der Flüchtlinge ist unter 18 Jahre alt.

Aber nicht alle Flüchtlinge haben ihr Heimatland verlassen: Fast zwei Drittel hielten sich Ende 2015 innerhalb der Grenzen ihres Staates auf; 21,3 Millionen fanden in fremden Ländern Zuflucht. Weitere 3,2 Millionen Menschen warteten im Ausland auf eine Entscheidung über ihren Antrag auf Asyl.

Was sind die Fluchtursachen, die jeden zehnten Afrikaner in die westliche Hemisphäre treiben? Eine große Rolle spielt hierbei das Thema *Bevölkerungswachstum*. Vor allem im Vergleich zu Asien (besonders zu China und Indien) ist offensichtlich, dass die Bemühungen um die Reduktion der Armut in Afrika infolge starker Zuwachsraten der Bevölkerung nicht vorankommen. Schätzungen sagen, dass sich die Zahl der heute in Subsahara-Afrika (SSA) Lebenden bis 2050 auf zwei Milliarden verdoppeln wird. Für eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen durch wirtschaftliches Wachstum ist eine abnehmende Geburtenrate unabdingbar. Aber die »demographische Transition« blieb bisher aus. Die Statistiken in den 50 Ländern von SSA zeigen 5 bis 7 Geburten pro Frau an. Das entspricht einem Bevölkerungswachstum von 2,5-3,5% pro Jahr, im Vergleich zu 1,1% in Asien und Lateinamerika. Die hohe Geburtenrate »frisst« das volatile Wachstum des Bruttosozialproduktes wieder auf. Und Bemühungen, eine Abnahme der afrikanischen Geburtenrate zu erreichen, dürften Jahrzehnte beanspruchen. Die zunehmend hohe Migration aus Afrika könnte währenddessen in Europa einen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenbruch herbeiführen.

Ein weiterer Grund für die perspektivlose afrikanische Jugend, ihre Heimatländer zu verlassen, ist der unfaire Welthandel. Die *Agenda 2030* der Vereinten Nationen ist, wie es heißt, getragen vom Geist einer »neuen globalen Partnerschaft«. Dazu gehört auch das Bekenntnis zu einem fairen Handel, wie es in §30 formuliert ist:

»Die Staaten werden nachdrücklich aufgefordert, mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen nicht im Einklang stehende einseitige Wirtschafts-, Finanz- oder Handelsmaßnahmen, die der vollen Entwicklung, insbesondere in den Entwicklungsländern, im Wege stehen, weder zu erlassen noch anzuwenden.«

Das ist der wunde Punkt: Denn worüber die EU bei der Diskussion um Afrika und Migration derzeit am allerwenigsten reden möchte, ist ihre skandalöse Landwirtschafts- und Handelspolitik, mit der sie das globale Ungleichgewicht zementiert. Mit milliardenschweren Zuschüssen wird die exportorientierte europäische Agrarindustrie Jahr für Jahr unterstützt. Mehr als 40% des gesamten EU-Budgets fließen in Agrarsubventionen; über 40 Milliarden Euro Direktzahlungen waren es allein im Jahr 2014; hinzu kommen weitere umfangreiche Ausfuhrprämien. Dies führt dazu, dass die europäische Agrarindustrie die Entwicklungsländer mit konkurrenzlos billigen Produkten überflutet, z.B. mit Hähnchenfleisch. Für die riesigen Mengen an Hähnchenschenkeln, die in Europa unverkäuflich sind, weil hier vor allem Hähnchenbrust nachgefragt wird, haben die Produzenten neue Abnehmer auf dem afrikanischen Nachbarkontinent gefunden. Europas Geflügelreste werden dort so billig auf den Markt geworfen, dass die einheimischen Bauern nicht mithalten können. Die Produktionskosten für ein Kilogramm Geflügelfleisch lagen 2014 in Westafrika, das besonders stark von EU-Billigexporten betroffen ist, bei 1,80 Euro. Das europäische Hähnchenfleisch wurde dort für weniger als die Hälfte angeboten. Trotz jahrelanger Kritik an dieser Praxis haben sich die Exporte von Geflügelfleisch aus der EU nach Afrika zwischen 2009 und 2014 verdreifacht – von 200.000 Tonnen auf fast 600.000 Tonnen.

Fast überall in Afrika lässt sich die verheerende Wirkung der europäischen Subventions- und Dumpingpolitik beobachten: In Burkina Faso führten die Importe von Billigmilchpulver aus der EU vor einigen Jahren dazu, dass die Mehrzahl der nomadischen Kleinbauern ihre Existenzgrundlage verlor. Für ihren Lebensunterhalt waren sie auf die Milcherzeugung angewiesen. Aber sie fanden keinen Absatz mehr für die eigene Milch, nachdem die burkinischen Molkereien auf die Verarbeitung des billigeren Milchpulvers aus Europa umgestellt hatten. Der angebotene Preis für einen Liter lag mit 30 Cent nicht nur deutlich unter den Produktionskosten einer deutschen Molkerei, er unterbot sogar die heimischen Herstellungskosten um rund 10 Cent.

In Ghana haben Importe von Tomatenmark aus der EU zum Niedergang der einheimischen Tomatenproduktion geführt. Die Invasion der Billigkonserven, hauptsächlich aus Süditalien, hat dazu beigetragen, dass Tausende von ghanaischen Bauern ihre Existenzgrundlage verloren. Sie werden ihre Tomatenernte nicht mehr los, stattdessen türmen sich auf den lokalen Märkten Dutzende Sorten

Tomatenmarkdosen ›made in Italy‹ zu mannshohen Pyramiden. Und daneben stapeln sich ›Frühstücksflocken‹ aus Deutschland, Dosenfleisch aus Großbritannien und Milchpulver aus Dänemark. Mega-Tonnenweise verschiffen europäische Lebensmittelkonzerne ihre subventionierten Güter nach Afrika und verdrängen damit die einheimischen Erzeugnisse von den Märkten. So importiert Ghana in zwischen Jahr für Jahr 50.000 Tonnen Tomatenmark hauptsächlich aus Italien.

Die Situation wird sich in Ländern wie Ghana künftig wohl noch verschärfen: Denn die in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS zusammengeschlossenen Staaten haben vor kurzem unter massivem Druck der EU mit dieser ein sogenanntes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) unterzeichnet, das den Import von europäischen Waren noch weiter erleichtert. Bislang gewährte Europa diesen Ländern einen Sonderstatus. Während europäische Händler Zölle entrichten mussten, wenn sie ihre Güter nach Afrika ausführten, wurde Händlern bei der Ausfuhr von Gütern nach Europa Zollfreiheit gewährt. Nun sollen die afrikanischen Länder im Rahmen des neuen Abkommens ihre Zölle auf Einfuhren aus der EU ebenfalls streichen – es soll Freihandel herrschen. Aber es wird auch in Zukunft alles andere als ein Handel unter Gleichen sein: »Wir können mit den subventionierten Produkten einfach nicht mithalten«, erklärt der ghanaische Ökonom *Kwabena Otoo*, »Freihandel zwischen Europa und Afrika, das ist wie ein Fußballspiel zwischen Real Madrid und der Schulmannschaft von Boli Bamboi«.

Die Handelspolitik der EU hat inzwischen viele ehemalige Kleinbauern aus Ghana außer Landes getrieben. Eine große Zahl von ihnen ist in Europa gestrandet, 46.500 allein in Italien, viele von ihnen dort als billige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. In Apulien, wo die riesigen Tomatenplantagen liegen, gibt es bei Cerignola eine heruntergekommene Siedlung, die den Namen *ghetto ghanese*, ghanaisches Ghetto, trägt. Während der Erntesaison im Sommer und Herbst schwillt das Hüttencamp auf 800 Menschen an. Über hunderttausend ausländische Erntehelfer arbeiten in Süditalien, eine große Zahl von ihnen aus Afrika. Viele haben keine Papiere, man nennt sie ›Italiens neue Sklaven‹. Für einen Hungerlohn ernten sie das ›rote Gold‹, das später in ihre Heimat exportiert wird. Als kleine Rädchen im Getriebe halten sie jenes System am Laufen, das dazu führte, dass sie ihre heimische Existenzgrundlage verloren, und sie in die Migration zwang.

Auch die besten Absichten können fatale Wirkungen haben: Kostenlose Lebensmittelhilfe zerstört den Markt für die lokale Landwirtschaft. Viel zu oft erreichen die Entwicklungsgelder nicht diejenigen, für die sie bestimmt sind – vor allem, wenn sie als direkte Budgethilfe überwiesen werden. In den Händen der Kleptokraten wird das Geld zum Instrument des Machterhalts und liefert das Schmiermittel für die grassierende Korruption.

Von Afrikas Eliten hört man häufig den Spruch: *You pretend to help us and we pretend to develop.* – Ihr tut so, als würdet ihr uns helfen, und wir tun so, als

würden wir uns entwickeln. Solange dieser Satz gilt, wird sich in Afrika nichts zum Guten verändern.

Vor allem in einer Hinsicht erweist sich die Abhängigkeit von den Hilfszahlungen als fatal: Sie lähmt die Eigeninitiative der Menschen. Bei nicht wenigen Afrikanern hat sich inzwischen die Erwartung durchgesetzt, andere würden für sie ihre Probleme lösen. Aber kein Land und kein Mensch empfindet es als würdig, zum ewigen Almosenempfänger abgestempelt zu sein. Man kann also die neue Generation der aufstiegsorientierten Afrikaner gut verstehen, die dagegen aufbegehrt – wie die Unternehmerin *Ola Orekunrin* aus Nigeria, die erklärt, sie wolle nicht von irgendjemandem ›gerettet‹ werden. Erst recht nicht von jenen, die einst als Kolonialherren kamen und sich nun als barmherzige Samariter gerieren; und die mit ihrem Geld doch nur korrupte alte Männer an der Macht halten, die nur an sich selbst denken. Nicht nur westliche Ökonomen wie *William Easterly* von der New York University oder der schottische Wirtschaftsnobelpreisträger *Angus Deaton* kritisieren inzwischen die landläufigen Konzepte der Entwicklungshilfe als verfehlt. Auch immer mehr Afrikaner haben sich unter die Kritiker eingereiht. Eine der Ersten war *Axelle Kabou* aus Kamerun, die in Paris Ökonomie studierte. Sie arbeitete selbst jahrelang im Entwicklungssektor und beriet afrikanische Präsidenten. Nach ihrem Ausstieg aus der Branche verfasste sie 1991 eine Streitschrift mit dem Titel *Et si l'Afrique refusait le développement?* (Und wenn Afrika die Entwicklung ablehnte?). Im Zentrum ihrer Kritik stand die Unfähigkeit der ›schwarzen Eliten‹ Afrikas zur Veränderung ebenso wie die Unwilligkeit vieler Afrikaner, ihren Kontinent aus eigener Kraft weiterzuentwickeln. Heute gibt es eine Reihe afrikanischer Intellektueller wie *Roger Tangri*, *George Ayittey* oder *Chika Onyeani*, die ähnlich denken. Einige von ihnen, wie der kenianische Ökonom *James Shikwati*, gehen sogar so weit, die Einstellung sämtlicher Entwicklungshilfen zu fordern.

Aber solche radikal-populistische Forderungen bringen nichts. Viele Entwicklungshelfer in Afrika engagieren sich in höchst sinnvollen Projekten. Unbestritten ist auch, dass die Nothilfe in den vergangenen Jahrzehnten Millionen Afrikaner vor dem Hungertod gerettet hat.

Was indes unbedingt nötig wäre, ist ein unabhängiges Kontrollgremium, das die Wirksamkeit von entwicklungspolitischen Projekten auf den Prüfstand stellt, etwa ein ›Internationaler Rechnungshof für Entwicklungshilfe‹, der Jahr für Jahr den Umgang der öffentlichen Hand mit den Steuergeldern der Bürger unter die Lupe nimmt, so wie es der Diplomat und langjährige deutsche Botschafter in Kamerun *Volker Seitz* vorgeschlagen hat. Denn Hilfe zur Entwicklung ist nur dann sinnvoll, wenn sie tatsächlich die Eigeninitiative der Menschen fördert.

Während die Zweifel an der bisherigen Entwicklungshilfe wachsen, rufen andere nach einem ›Marshallplan für Afrika‹, um den Fortschritt des Kontinents

voranzutreiben. Auch ich habe einen solchen seit vielen Jahren immer wieder verlangt. Auf einer Reise nach Senegal, Niger und Ruanda im August 2016 hat sich nun auch der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Gerd Müller* dieser Forderung angeschlossen. »Wir müssen wegkommen von den ganzen Kleinprojekten, von der Entwicklungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, hin zu einem neuen Ansatz«, erklärte er.

Jeder weiß: Um den riesigen Kontinent Afrika wirtschaftlich voranzubringen, sind enorme Anstrengungen nötig. Dies gilt insbesondere für die mangelnde Infrastruktur. Die einst von den Kolonialherren übernommenen Verkehrswege führen meist nur zu den Häfen. Die Vernetzung innerhalb der einzelnen Länder ist mangelhaft, und die zu den Nachbarländern existiert oft nur in rudimentärem Umfang. Ein über den Kontinent gespanntes Flugnetz, wie wir es aus Europa kennen, gibt es nicht. Nur Ethiopian Airlines verbindet den Osten mit dem Westen und dem Süden Afrikas. Ein *big push* – ein großer Schub, wie ihn der Ökonom *Paul Collier* bereits im Jahr 2006 forderte, könnte den Kontinent endlich spürbar voranbringen.

Die wichtigste Frage aber ist: Mit wem kann ein solcher Marshallplan für Afrika abgeschlossen werden? Wie will man verhindern, dass das ganze Geld einmal mehr in den Taschen der afrikanischen Autokraten landet, die damit ihre Macht zementieren? »Ein Land kann nicht von außen entwickelt werden«, erklärt Angus Deaton in Bezug auf die Entwicklungshilfe. »Länder entwickeln sich von innen. Dazu braucht es eine Regierung und eine Bevölkerung, die gemeinsam auf Entwicklungsziele hinarbeiten«. Dies wäre die wichtigste Aufgabe für Europas Regierungen: Sie müssen begreifen, dass wirtschaftliche Entwicklung ohne politische Entwicklung nicht zu haben ist – auch nicht in Afrika. Europa muss endlich Schluss machen mit der fatalen *Appeasement*-Politik gegenüber Afrikas Potentaten. Wohlgermerkt: Es geht nicht darum, den Regierungen vorzuschreiben, wie sie ihr Land zu führen haben, oder ihnen das Staatsmodell der westlichen Demokratien zu oktroyieren. Aber man sollte doch die Einhaltung der Grundsätze einfordern, die Afrikas Staaten selbst als verbindlich anerkannt haben. Sie alle haben die Grundrechtecharta der Vereinten Nationen unterzeichnet und sich zu den Menschenrechten und zum Prinzip der Rechtsstaatlichkeit bekannt.

Wer in Afrika nicht bereit ist, diesen Grundsätzen zu folgen, dem sollte die Unterstützung gestrichen werden. Afrikas Staaten sind nun seit mehr als fünfzig Jahren unabhängig. Sie erwarten zu Recht, dass der Westen sie als gleichberechtigte Partner wahrnimmt. Dazu gehört aber auch, dass man Kritik zulässt. Regierungen, die das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit missachten und die Menschenrechte mit Füßen treten, verdienen keine Unterstützung.

Aber, so lautet der oft gehörte Einwand, wird Europa dann nicht seinen Einfluss auf den Nachbarkontinent verlieren? Treibt es Afrika so nicht geradewegs in die Arme Chinas, das seine Unterstützung und wirtschaftliche Zusammenarbeit

erklärtermaßen nicht von politischen Forderungen abhängig macht und das Prinzip der Nichteinmischung hochhält? Ich halte dies für ein vorgeschobenes Argument. Denn längst haben die meisten Afrikaner erkannt, dass China in Afrika seine eigene Agenda verfolgt. Ihnen ist nicht verborgen geblieben, dass Peking vor allem darauf aus ist, die afrikanischen Bodenschätze auszubeuten, die es für die Entwicklung seiner Industrie braucht, und an Nachhaltigkeit nicht interessiert ist. Die Chinesen gebärden sich in Afrika »wie eine Ziegenherde«, schreibt der südafrikanische Journalist *Stanley Uys*:

»Sie bleiben so lange im Land, wie es dauert, um die Bodenschätze herauszuholen, die sie haben wollen, und am Ende hinterlassen sie uns nur Dornengestrüpp, Steine und Sand.«

Oder, wie es der nigerianische Banker und ehemalige Gouverneur der nigerianischen Zentralbank *Lamido Sanusi* in der *Financial Times* formulierte: »China nimmt sich unsere Rohstoffe und bezahlt uns mit Industrieprodukten. Genau darin bestand das Wesen des Kolonialismus.«

Viele der vollmundigen Ankündigungen und Versprechungen Chinas, in die Infrastruktur Afrikas zu investieren, sind niemals umgesetzt worden. Und die billigen Konsumprodukte, mit denen China die afrikanischen Märkte überflutet hat, haben sein Image unter Afrikas Konsumenten nachhaltig ramponiert: Fernseher, die beim ersten Stromausfall ihren Geist aufgeben; Handys, deren Akkus kaum ein paar Wochen halten; T-Shirts, die sich bei der ersten Wäsche in ihre Bestandteile auflösen; Kondome, die platzen: In Zimbabwe gibt es ein eigenes Wort für die minderwertige Billigware aus China: *Zhing-zhong*.

Bei allen Diskussionen darum, wie man Afrika am besten helfen kann, darf nicht vergessen werden: Die besten Entwicklungshilfen sind gute Wirtschaftsbeziehungen – wenn sie auf Augenhöhe stattfinden. Viel wäre schon gewonnen, wenn Deutschland und die anderen Nationen Europas ihren Firmen, die in Afrika investieren wollen, bessere Sicherheiten gewährten. Peking bietet jedem chinesischen Unternehmen, das in Afrika mindestens eine Million US-Dollar investiert, eine hundertprozentige Staatsgarantie an – ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil für Chinas Firmen in Afrika. Deutsche Firmen sind im Vergleich zu Frankreich, England und den USA in Afrika stark unterrepräsentiert. Berlin sollte seinen Etat für Hermesbürgschaften für mittelständische Unternehmen, die in Afrika investieren wollen, großzügig aufstocken – und die Investitions Garantien dabei strikt an das Kriterium der Nachhaltigkeit knüpfen. Das wäre ein sinnvoller Schritt zur Entwicklung Afrikas. Wenn Afrika eine Zukunft haben soll, muss Europa aber vor allem von seiner desaströsen Wirtschafts- und Handelspolitik Abschied nehmen. Es muss endlich damit aufhören, seine Agrarindustrie auf Kosten der Entwicklungsländer zu subventionieren. Es muss darauf drängen, dass endlich

wirksame internationale Maßnahmen gegen das weltweite *land grabbing* getroffen werden, das die armen Länder der Welt ihres wertvollsten Gutes beraubt – ihres landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Denn trotz aller nötigen Anstrengungen zur Industrialisierung: Die Landwirtschaft ist der Schlüssel zur Entwicklung des afrikanischen Kontinents. Durch verbesserte Anbaumethoden und Schutz vor Erosion könnten die Erträge in vielen afrikanischen Ländern ohne große Anstrengungen verdoppelt werden. Afrika benötigt eine breit angelegte Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft: Durch Mikrokredite für die verarbeitenden Firmen vor Ort; durch den Bau von Straßen, um den Waren den Marktzugang zu erleichtern; durch den Stopp der Einfuhr von Dumpingprodukten, die den örtlichen Produzenten das Wasser abgraben.

Afrika braucht eine Hilfe zur Entwicklung, die nachhaltig ist und auf Eigeninitiative setzt. Dabei spielt die Förderung der kleinen Leute durch Mikrokredite eine zentrale Rolle. Denn schon kleine Summen reichen oft aus, damit sich die Menschen eine eigene Einkommensquelle erschließen können und sich so aus der Armutsfalle befreien. Vor allem gilt es, die Frauen zu fördern, denn sie sind der Schlüssel zu Afrikas Zukunft. Bei der Rückzahlung von Kleinkrediten gelten sie als wesentlich zuverlässiger als Männer; sie geben ihr Geld nicht für Schnaps aus und sind weniger anfällig für Korruption. In den Bereichen Gesundheit und Erziehung kommt es besonders auf sie an: Wenn der Bildungsgrad der Mütter steigt, sinkt die Säuglings- und Kindersterblichkeit. Und je länger die Mädchen in die Schule gehen, desto niedriger ist später die Zahl ihrer Kinder. Wenn Afrika sein Problem der Bevölkerungsentwicklung in den Griff bekommen will, muss es auf die Frauen setzen.

Denn eines ist sicher: Niemand von außen – nicht Amerika, nicht Europa und auch nicht China – wird Afrika ›retten‹ können. Das kann Afrika nur selbst, wenn seine Menschen wieder Zuversicht und den Glauben an die eigene Stärke gewinnen. Erst dann wird der Exodus der Talente aus Afrika ein Ende finden. Die Afrikaner müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Europa kann und sollte ihnen dabei helfen: Damit aus dem ausblutenden Kontinent Afrika ein Kontinent der Zukunft wird.

*Martin Luther King* hatte einst einen Traum, dass seine Kinder eines Tages in einer Nation leben, »in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilt«. Er hatte einen Traum, dass sich sein Land Amerika in »eine Oase der Freiheit und Gerechtigkeit« verwandelt. Martin Luther Kings Traum mag nicht ganz in Erfüllung gegangen sein; eine Oase der Freiheit und Gerechtigkeit ist auch die Welt von heute nicht. Aber manches hat sich in den 55 Jahren, seitdem Luther King seine berühmte Rede hielt, doch bewegt. Die Orte auf der Welt, an denen Menschen nach ihrer Hautfarbe beurteilt werden, sind weniger geworden.

Aber wenn ich heute an Afrika denke, verfolgt mich ein Alptraum. Was wird sein, wenn sich tatsächlich Millionen von Afrikanern, getrieben von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, auf den Weg machen und ihrem Kontinent den Rücken kehren? Was wird passieren, wenn sie alle vor den Toren Europas stehen? Wie will Europa sie stoppen? Werden sie sich von Mauern und Stacheldraht, durch Polizisten und Soldaten abschrecken lassen? Welcher Regierungschef wollte die Verantwortung auf sich nehmen, den Befehl zu geben, auf friedliche, unbewaffnete Menschen zu schießen, die nichts anderes begehren, als für sich einen sicheren Ort zu finden? Und was würde mit den Soldaten und Polizisten geschehen, denen ein solcher Befehl erteilt wird? Welche Verheerungen würde das in ihren Seelen auslösen? Wie lange würde es dauern, bis sie sich weigern und die Waffen niederlegen?

Möge es niemals so weit kommen. Europa und die westlichen Industrienationen müssen endlich daran gehen, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Zu lange schon hat man dies aufgeschoben. Es geht dabei nicht nur um Afrika, es geht um uns alle. Will Europa weiterhin achselzuckend zusehen, wie vor seinen Küsten Tausende, die in Europa ihren Rettungsanker sehen, auf erbärmliche Weise ertrinken? Die Menschen, die das Risiko der Fahrt übers Meer auf sich genommen haben, glauben an Europa. Aber tun es die Europäer noch? Will Europa im Angesicht der Flüchtlinge, die an seine Tür klopfen, all das aufgeben, was es im Kern ausmacht: seine Menschlichkeit, seine gemeinsamen Werte? Will Europa sich selbst aufgeben, indem es Afrika aufgibt?

In der Debatte um die Flüchtlingspolitik in Europa hört man immer wieder den Satz, die Flüchtlingskrise habe Europa entzweit. Aber nicht die Menschen, die in Europa Schutz und Asyl suchen, haben Europa entzweit. Das haben Europas Regierungen schon selbst getan, indem sie untereinander das Prinzip der Solidarität aufgekündigt haben. Viel zu lange hat Europa die Staaten an seinem Rand, allen voran Italien und Griechenland, mit den Flüchtlingen an ihren Grenzen allein gelassen. Jahrhundertlang haben sich die Länder Europas gegenseitig in Kriegen bekämpft. Die beiden letzten, die sich im 20. Jahrhundert zu Weltkriegen auswuchsen, verheerten den Kontinent wie niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit. Aus der Asche des Zweiten Weltkriegs entstand die Europäische Union. Nur gemeinsam, so die Erkenntnis, wird es für die Menschen auf dem Kontinent ein Leben in Frieden und Freiheit geben. Siebzig Jahre später droht Europa wieder in Nationalstaaten und Egoismen zu zerfallen.

Haben Europas Regierungen aus der Geschichte nichts gelernt? Glaubt Europa noch an sich selbst? Glaubt es noch an eine gemeinsame Zukunft? »Afrika ist der Lackmuestest, an dem sich Europas Humanität beweist«, so der ehemalige Bundespräsident *Horst Köhler*, der sich wie kein zweiter deutscher Politiker für den Nachbarkontinent eingesetzt hat. Europa wird sich nicht abschotten können, wenn

es sein Gesicht nicht verlieren will. Es muss seine Grundsätze und Ziele verteidigen – gegenüber den Ländern in seiner Gemeinschaft, die diese nicht mehr ernst nehmen wollen, ebenso wie gegenüber Afrika.

Europa muss sich darüber klarwerden, dass es nur eine gemeinsame Zukunft geben kann – mit demokratischen Grundsätzen und einem fairen globalen Handel. Europa wird ein wenig von seinem Wohlstand abgeben müssen. Niemand muss davor Angst haben, im Gegenteil. Wenn wir, Afrikaner und Europäer, die Dinge gemeinsam beherzt und mit Zuversicht angehen, wird die Entwicklung für alle bereichernd sein – kulturell, menschlich und nicht zuletzt ökonomisch.

Fangen wir endlich damit an, es ist höchste Zeit!

---

1 McKinsey Global Institute: Lions on the move. The Progress and Potential of African Economies (Juni 2010). – Vgl. auch Asfa-Wossen Asserate: Die neue Völkerwanderung – Wer Europa bewahren will, muss Afrika retten. Berlin 2016.